

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Wolfgang Gehrcke, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/1116 –

**Kürzungspolitik beenden – Soziale Errungenschaften verteidigen –
Soziales Europa schaffen**

A. Problem

Die Antragsteller kritisieren den Abbau sozialer und anderer Rechte sowie arbeitsrechtlicher Standards in der EU und eine unsoziale Finanzkürzungspolitik auf dieser Ebene.

B. Lösung

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union für einen politischen Kurswechsel einzusetzen, der einem sozialen Europa den Weg bereiten sollte. Unter anderem müsse die unsoziale Kürzungspolitik beendet werden. Es bedürfe einer Reform der EU-Strukturpolitik.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1116 abzulehnen.

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese
Vorsitzende

Mark Helfrich
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Mark Helfrich

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/1116** ist in der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion will erreichen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union für einen politischen Kurswechsel einsetzt, um einem sozialen Europa den Weg zu bereiten. Dazu sei es notwendig, die Krise in sozial gerechter Weise zu überwinden, die Einkommen und Vermögen von oben nach unten umzuverteilen, verbindliche soziale Rechte durchzusetzen und soziale Standards auszubauen. Die europäischen Institutionen und Organe wie die Europäische Kommission oder die Europäische Zentralbank (EZB) seien rechtsverbindlich an die europäische Grundrechtecharta und die Einhaltung der darin verbrieften sozialen Grundrechte gebunden.

Im Einzelnen seien dafür folgende Maßnahmen zu ergreifen: Die unsoziale Kürzungspolitik sei zu beenden. Es bedürfe einer Reform der EU-Strukturpolitik, die auf eine Rücknahme der marktradikalen Ausrichtung ziele u. a. m.

III. Votum des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/1116 in seiner Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/1116 in seiner 13. Sitzung am 21. Mai 2014 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erinnerte an die Ursprungsidee der EU, Krieg in Europa zu verhindern, die Völker Europas ernähren zu können und ein wirtschaftliches System als Grundlage auch für Sozialleistungen aufzubauen. Ein möglichst hohes Sozialleistungsniveau habe nicht dazu gehört. Die in dem Antrag kritisierten Missstände resultierten zudem zunächst aus dem Versagen einzelner europäischer Nationalstaaten, etwa durch eine überzogene Verschuldungspolitik, einen aufgeblähten öffentlichen Dienst und das Fehlen einer funktionierenden Steuerverwaltung. Der Antrag ziele dagegen primär auf ein Versagen der EU. Davon könne angesichts der Leistungen der EU aber keine Rede sein.

Die **Fraktion der SPD** betonte das Engagement der Koalition für ein soziales Europa. Die Probleme der südeuropäischen Länder resultierten nicht primär aus der Sparpolitik der EU. Ursächlich sei vielmehr die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Sozialsysteme dieser Staaten hätten sich in der Folge sehr unterschiedlich entwickelt und seien teils auch bereits vor der Krise armutsanfällig gewesen. Gemeinsam müsse man die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden. Wichtig sei hier auch das Engagement der von der Krise betroffenen Länder. Um diese zu unterstützen, würden Hilfen bereitgestellt. Konsolidierung sei notwendig, gleichzeitig müssten aber auch konjunkturelle Impulse gesetzt werden. Die Analyse im vorliegenden Antrag teile die SPD nicht. Die SPD setze sich ausdrücklich für ein soziales Europa ein.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erinnerte daran, dass die europäische Idee neben der Hoffnung auf Frieden auch in der Hoffnung auf soziale Absicherung bestanden habe. Die Realität werde dem allerdings nicht gerecht. Daher bringe die Fraktion ihren Antrag ein. Derzeit sei es mit der sozialen Sicherheit in Europa nicht gut

bestellt. Beispiele gebe es zuhauf. Dabei führe die soziale Spirale immer weiter nach unten, etwa bei der Lohnentwicklung mit deutlichen Reallohneinbußen. Tarifverträge würden ausgehöhlt. So gebe es in Griechenland von ehemals 65 heute nur noch 14 Flächentarifverträge. Befristungen würden in vielen Ländern ausgeweitet. 128 Millionen Menschen lebten in Armut und Ausgrenzung. Im Sinne eines sozialen Europa müsse vieles verändert werden, der Antrag greife dies auf. Das Thema müsse dringend auf die Tagesordnung des neu gewählten EP. Die Umverteilung von unten nach oben müsse wieder umgekehrt werden. Man brauche u. a. die Finanztransaktionssteuer und die Vermögensteuer, um auch die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten und eine Revision der europäischen Grundsatzverträge. Arbeits- und Ausbildungsplätze müssten geschaffen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Kritik teilweise an. Gerade in Sachen Armuts- und Gesundheitsversorgung habe sich die Lage beispielweise in Griechenland drastisch verschlechtert. Daran habe die Krisenpolitik wesentlichen Anteil, die stärker auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards hätte achten müssen. Auch müssten die Reichen stärker in die Krisenbewältigung einbezogen werden. Darüber hinaus „bröckele“ der soziale Zusammenhalt in Europa insgesamt. Es sei zu befürchten, dass sich dies bei der Europawahl in mehr Ablehnung gegenüber Europa und mit steigender Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien niederschlagen werde. Auch das Engagement der Bundesregierung für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in Europa erscheine durchaus fragwürdig. So sei etwa die Armutsbekämpfung bisher unbestrittenes gemeinsames Ziel in der EU gewesen. Die Bundeskanzlerin habe dies jetzt aber in Frage gestellt. Eine zukunftsgerichtete Politik in der EU müsse auch bei den sozialen Sicherungsleistungen Mindeststandards setzen. In allen Ländern sollten Grundsicherungsleistungen eingeführt werden. Das sei wesentlich für Mobilität, Stabilität und den gemeinsamen Arbeitsmarkt. Die Fraktion teile viele der Zustandsbeschreibungen sowie der Schlussfolgerungen des Antrags. Hinsichtlich der Analyse und der Forderungen sei man aber anderer Meinung.

Berlin, den 21. Mai 2014

Mark Helfrich
Berichtersteller